

SVP des Kantons Zürich

Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66

Fax 044 217 77 65

E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Zürich, 5. Januar 2016

Steuererhöhungen in den Gemeinden – Folgen der verfehlten Bundespolitik

Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich

Die Gemeinden im Kanton Zürich müssen für das Jahr 2016 die Steuern auf breiter Basis erhöhen. Die Gründe, welche dafür angeführt werden, sind Ergänzungsleistungen bei der AHV/IV und Infrastrukturbauten für Schulen. Bei den reichen Gemeinden zusätzlich die höheren Zahlungen in den kantonalen Finanzausgleich.

Sozialhilfe explodiert

Tatsächlich sind alleine die Ergänzungsleistungen für AHV Rentner von Fr. 1.4 Mia im Jahre 2000 auf Fr. 2.71 Mia im Jahre 2014 und für IV Rentner von Fr. 847 Mio. auf Fr. 1.96 Mia im Jahre 2014 gestiegen. (Quelle Bundesamt für Sozialversicherungen). Die Zürcher Gemeinden sind von dieser gesamtschweizerischen Entwicklung proportional natürlich genauso betroffen.

Ausländer überdurchschnittliche Sozialhilfebezüger

Die Sozialhilfequote der Schweizer beträgt etwas über 2 Prozent. Bei den Ausländern beträgt der Anteil über 6 Prozent. (Quelle BFS – Zahlen 2014). Dies bedeutet, dass Ausländer 3 x mehr Sozialhilfe beziehen wie die Schweizer, wobei bei den Schweizern nicht berücksichtigt ist, wie viele davon erst in den letzten Jahren eingebürgert wurden.

Selbstverständlich gibt es viele Ausländer, welche zum Wohlstand unseres Landes einen enormen Beitrag leisten. Auch viele gute Steuerzahler sind unter den Ausländern zu finden. Die Beiträge zur Sozialhilfe in den Zürcher Gemeinden sprechen jedoch eine andere Sprache. Viele Asylbewerber leben von der Sozialhilfe auch nach jahrelanger Anwesenheit. Die Personenfreizügigkeit führt zudem dazu, dass im besten Falle ein grosser Teil dieser EU-Personen neu geschaffene Stellen besetzen, im schlechteren Falle die hiesigen Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt in die Arbeitslosigkeit verdrängen und im schlechtesten Falle in unsere Sozialsysteme zuwandern.

Personenfreizügigkeit führt zu höheren Kosten und tieferen pro Kopf Steuereinnahmen

Der GPK Bericht vom 4. Juli 2014 über den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern unter dem Personenfreizügigkeitsabkommen hat bereits aufgezeigt, dass gravierende

Probleme im Zusammenhang mit den bilateralen Verträgen bestehen. Die Parlamentarische Verwaltungskontrolle hat aufgezeigt, dass sich die Sozialleistungsbezugsquote der Zugewanderten seit Inkrafttreten der PFZ nach anfänglich tiefen Werten im Jahre 2010 bei der Sozialhilfe den Schweizer angenähert und bei der Arbeitslosigkeit sogar übertroffen hat. *(Bericht der GPK vom 4. Juli 2014 – Punkt 2.3)*

Die Entwicklung hat sich seit dem Jahre 2010 weiter akzentuiert. Die Mär des Fachkräftemangels wurde zudem in einem NZZ-Interview vom 31.12.2015 von Regierungspräsident Ernst Stocker klar widerlegt. Von ca. 30'000 Stellenlosen im Kanton Zürich sind ein Viertel Akademiker. Die Pro-Kopf Steuereinnahmen im Kanton Zürich sind sinkend. Im Gegenzug müssen die Gemeinden in die Infrastruktur investieren. Neue Schulhäuser müssen infolge der ungehinderten Zuwanderung gebaut werden. Dazu kommt, dass mit den von der SVP bekämpften Bildungsreformen mehr Schulraum pro Schüler zur Verfügung gestellt werden muss. Dabei darf natürlich nicht vergessen werden, dass nebst der Schule auch in Strassen, in den ÖV, in das Gesundheitswesen, in die Polizei und Justiz und in die allgemeine Verwaltung investiert werden muss, um das Bevölkerungswachstum bewältigen zu können.

Gemeinden müssen ausbaden, was der Bund verursacht

Die Gemeinden spüren jetzt die Folgen der ungebremsten Einwanderung durch die PFZ und auf der Asylschiene. Sie spüren die verfehlte Entwicklung in der IV. Sie bezahlen für das weder ökonomisch noch ökologisch nachhaltige quantitative Wachstum, welches durch eine Laissez-Faire Politik im Bund begünstigt wurde.

Bundespolitik 2007 - 2015 hat versagt

Der Bund ist gefordert, endlich Massnahmen umzusetzen, damit die Schweiz wieder qualitatives Wachstum erzielt. Dazu zählt, dass wir wieder selber darüber bestimmen müssen, wer in unser Land einreisen darf, um hier zu arbeiten. Die Schweiz braucht nicht alle Ausländer aus der ganzen Welt, sondern diejenigen Ausländer, welche tatsächlich einen positiven Beitrag leisten können.

Die Budgetaussichten der Zürcher Gemeinden für das Jahr 2016 sind das Spiegelbild der verfehlten Bundespolitik der Jahre 2007 – 2015. Sei dies bei der Einwanderung, sei dies bei der Festlegung der Rahmenbedingungen für die Finanzindustrie und den Werkplatz oder sei dies beim Ausbau des Verwaltungsapparates.

Die SVP ist gefordert

Die SVP hat die Wahlen gewonnen. Wir stellen nun 2 Bundesräte in Bern. Wir stellen mit Abstand die grösste Fraktion. Wir sind gefordert, die Unabhängigkeit der Schweiz wiederherzustellen. Wir sind gefordert, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern und das explodierende Stellenwachstum zu bekämpfen. Auch im Kanton Zürich stehen wir als grösste Partei in der Verantwortung. Dank der bürgerlichen Mehrheit mit 2 SVP-Regierungsräten steht der Kanton Zürich noch vergleichsweise gut da. Aber auch hier gilt es, dass die bürgerliche Mehrheit auch eine sichtbare, bürgerliche Politik betreibt. Wir können auch stolz sein, auf unsere vielen Gemeindepräsidenten und Gemeinderäte überall im Kanton, welche trotz misslichen Vorgaben von der Bundespolitik ihre Arbeit gewissenhaft und im Sinne unserer Wählerinnen und Wähler und letztendlich im Interesse der Allgemeinheit ausüben.